





## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

### Presseerklärung

## Fronzek und Rossmann fordern: Jetzt kostenfreie Kindergartenplätze auf Bundesebene durchsetzen

Wann, wenn nicht in einer grossen Koalition, lässt sich der geregelte schrittweise Einstieg in den kostenlosen Kindergarten in Deutschland planen, fest vereinbaren und finanziell absichern. Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek und der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann sind sich einig, dass jetzt bei den Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und SPD in dieses Projekt der verbindliche Einstieg gefunden werden muss.

Rossmann hatte sich bei der Elmshorner Bürgermeisterin nach ihren kommunalen Erfahrungen und ihren Prioritäten für eine kinderfreundliche Kommune und deren Beförderung durch die Bundespolitik erkundigt. Neben der Fortführung des Ganztagschulprogramms über das Jahr 2007 hinaus und die Schaffung von mehr Krippenplätzen stellen Fronzek und Rossmann die Verbesserung der Infrastruktur für Kindertagesstätten in den Vordergrund. Rossmann: „Kindertagesstätten werden mehr denn je Teil des Gesamtsystems von Betreuung und Bildung. Wenn alle Kinder vor der Schule verbindlich ein Bildungsjahr in der

Kindertagesstätte bekommen sollen, muss dieses mittelfristig auch kostenfrei werden.“

Fronzek und Rossmann fordern hierzu einen Bund-Länder-Vertrag , in dem die Mehraufwendungen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro in Deutschland zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbindlich aufgeteilt und gesichert werden. Mittel hierfür können nach Auffassung der beiden SPD-Politiker aus dem Subventionsabbau gewonnen werden, der für bestimmte Bereiche unabweisbar ist. Auch mache es wenig Sinn, wenn Kinderfreibeträge und das Kindergeld um fünf bis sechs Euro erhöht würden, was zu Mehrbelastungen von einer Milliarde Euro insgesamt führen würde, wenn mit einem solchen Betrag schon mehr als die Hälfte des kostenlosen Bildungsjahres vor der Schule finanziert werden könnte. Rossmann: „Bessere Rahmenbedingungen bei Betreuung und Bildung sind auch nach allen Erkenntnissen das Wichtigste, damit sich junge Paare für Kinder entscheiden.“ Hierzu müsse die Bundespolitik nach Auffassung von Elmshorns Bürgermeisterin jetzt ihren Teil gemeinschaftlich dazu tun.